

Verfassungsverstreit in turbulenten Zeiten

Historisch Zum 100-Jahr-Jubiläum der liechtensteinischen Verfassung gestaltet das Liechtenstein-Institut gemeinsam mit dem Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein eine Vortragsreihe, die gestern ihren Start feierte.

Den Auftakt bildete der gestrige Vortrag von Rupert Quaderer über Liechtensteins politischen Umbruch und Aufbruch nach 1918. Als Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut hat Rupert Quaderer in mehrjähriger Forschungsarbeit die Geschichte Liechtensteins von 1914 bis in die Zwanzigerjahre untersucht. Das Ergebnis seiner Studien publizierte er im Buch «Bewegte Zeiten in Liechtenstein - 1914 bis 1926» auf 2028 Seiten in drei Bänden. In seinem Auftakt-Referat ging es dem Historiker um die Beschreibung der Zeitumstände und Entwicklungen, die nebst der Bewältigung manch anderer Herausforderungen zum Verfassungsverstreit und letztendlich zur Ablösung der Konstitutionellen Verfassung von 1862 führten. In einem weiteren Vortrag am 12. Mai (Stufen zur Verfassung 1921) wird sich Quaderer gezielt mit der Verfassungsentwicklung befassen.

Politische Umbrüche

Liechtenstein erlebte während und nach dem 1. Weltkrieg turbulente Zeiten, es waren innen- und aussenpolitische Umbrüche zu bewältigen. Seit Jahrzehnten mit Österreich wirtschaftlich (Zollvertrag von 1852) und rechtlich eng verbunden, waren Land und Leute von der Niederlage und dem damit verbundenen Niedergang des Nachbarstaates stark mitbetroffen. Die anfängliche Kriegsbegeisterung und Unterstützung für die Mittelmächte schwand während des Krieges, als Nahrungsmangel, Geldentwertung und Mangel an Rohstoffen den Menschen das

Leben erschwerten. Die ursprünglich prosperierende österreichische Kronenwährung, sie bewegte sich vor Kriegsbeginn über dem Schweizerfranken, erlitt einen dramatischen Niedergang bis zur Totalentwertung. Die Güter verteuerten sich von Tag zu Tag, Ersparnes wurde wertlos.

Die konstitutionelle Verfassung war stark monarchisch ausgeprägt. Die Abwendung von Österreich und Hinwendung zur Schweiz (nicht zuletzt auch zum Schweizerfranken) bewirkte in Kreisen der Bevölkerung eine Gesinnungsänderung, führte zu politischer und sozialer Unzufriedenheit. Dies alles war nicht genug. Eine hochansteckende Grippe breitete sich aus. In mehreren Wellen führte die anfangs unterschätzte Spanische Grippe zu Krankheits- und Todesfällen, zwang die Landesbehörden zu einschneidenden Massnahmen.

Der Erste Weltkrieg stellt in der Geschichte Liechtensteins eine Zäsur dar. Harte Auseinandersetzungen mit Aufmärschen, Protestversammlungen und Zeitungsfehden um die richtigen Wege in der Politik und um den Ausbau der Volksrechte beherrschten diese Jahre. Neue Wege und auch Irrwege wurden beschritten, Weichen für die Zukunft (bis heute wirksam!) wurden gestellt. Eine latente Opposition organisierte sich, es kam zu Partei- und Zeitungsgründungen (Oberrheinische Nachrichten). Mit dem Abschluss des Postvertrages 1921 und des Zollanschlussvertrages 1923 konnten mit der Schweiz tragende Verbindungen geschaffen werden. Die Ein-



Rupert Quaderer referierte am Dienstagabend im SAL in Schaan zur Entstehungsgeschichte der liechtensteinischen Verfassung. (Foto: Paul J. Trummer)

führung eines neuen Personen- und Gesellschaftsrechtes zeigte bald eine positive Auswirkung im Staatshaushalt, der durch ein grosses Darlehen von Fürst Johann II. gestützt worden war, das dieser später anlässlich seines 65jährigen Regierungsjubiläums dem Land schenkte. Bemerkenswert, so Quaderer, war allerdings die Vorbehaltsklausel, die besagte, dass bei Änderung der staatspolitischen Gegebenheiten das Darlehen gekündigt werde. Man war auf allen Ebenen unsicher.

Fürst Franz und Wilhelm Beck

Als prägende Personen in jenen Jahren bezeichnete der Historiker Prinz Franz, den späteren Fürsten Franz, und Wilhelm Beck, den Gründer der Volkspartei und der

Oppositionszeitung Oberrheinische Nachrichten. Nachdem die Irrwege, Initiative zur Gründung einer Spielbank, der Misserfolg des Briefmarkenkonsortiums und der Klassenlotterie aber auch die Probleme mit der Anerkennung der Souveränität und Neutralität überwunden waren, hätte man 1926 mit Genugtuung das Erreichte würdigen können. Doch es folgte neues Ungemach. Beim Rheineinbruch 1927 wurden Schaan und das Unterland überschwemmt und viel Landwirtschaftsboden unfruchtbar gemacht. Ein Jahr später musste das Land aufgrund des Sparkassaskandals für über eine Million Franken gerade stehen, die bei unerlaubten Spekulationen in Sand gesetzt worden waren. (hs)